

Sprachen der Wachsamkeit: Loyalitätskontrolle und Denunziation in der DDR und in den USA bis Mitte der 1950er Jahre

Stieglitz, Olaf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Stieglitz, O. (2001). Sprachen der Wachsamkeit: Loyalitätskontrolle und Denunziation in der DDR und in den USA bis Mitte der 1950er Jahre. *Historical Social Research*, 26(2/3), 119-135. <https://doi.org/10.12759/hsr.26.2001.2/3.119-135>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sprachen der Wachsamkeit: Loyalitätskontrolle und Denunziation in der DDR und in den USA bis Mitte der 1950er Jahre

*Olaf Stieglitz**

Abstract: “Look what happened during McCarthyism!” Although historical research dealing with denunciation in the 20th century usually focuses on dictatorial regimes, mentioning the Red Scare of the post World War II United States as an example for the possibility of denunciations in democracies has become a standard reference in many scholarly texts on this topic. After a brief introduction into McCarthyism and both the chances and perils of comparative history, the article proposes a scheme which allows a careful comparison of denunciatory speech and practice in the post-war eras of both the USA and the GDR. Focusing on “languages of watchfulness” in both societies, it analyses how certain war-like constructions like espionage or sabotage and certain institutions like control boards were used strategically in governments’ efforts to create loyalties, identify enemies and stimulate denunciations.

Denunziatorisches Verhalten ist nicht auf Diktaturen beschränkt¹, stattdessen tritt es als Alltagspraxis wie als Herrschaftsinstrument zu verschiedenen Zeiten und in unterschiedlichen Gesellschaftsformen auf. Mit Blick auf das 20. Jahrhundert überwiegt in der Forschung freilich die Behandlung von Denunziationsformen in Diktaturen: Nationalsozialismus und Faschismus, Stalinismus und Post-Stalinismus, Militärregime und Besatzungs- bzw. Kollaborationssy-

* Address all communications to Olaf Stieglitz, Universität Köln, Anglo-Amerikanische Abt. / Hist. Seminar, D-50923 Köln, E-mail: stieglender@t-online.de.

¹ Die hier verwandten Begriffe des ‘denunziatorischen Verhaltens’ bzw. der ‘denunziatorischen Rede’ wollen die begrifflichen Unschärfen von Denunziation nicht verwischen, sondern sie im Gegenteil forschungsrelevant nutzbar machen. Sie umfassen daher die Wortbedeutung ‘anzeigen’ ebenso wie ‘anklagen’ und ‘verunglimpfen’. Sie verweisen darüber hinaus sowohl auf ‘freiwillig-spontane’ als auch ‘formalisiert-regelmäßige’ Zuträgerschaft sowie deren sprachliche Verfaßtheit.

steme.² Selten fehlt indes der Hinweis darauf, daß Denunziationen und verwandte Verhaltensmuster auch in Demokratien westlichen Musters vorzufinden (gewesen) seien. Als Beleg für diese Annahme hat sich der Verweis auf die anti-kommunistische Repressionswelle in den USA seit den späten 1940er Jahren fest etabliert, wie zwei wichtige Publikationen des Jahres 2000 gerade erst wieder deutlich gemacht haben. "Man denke nur an die McCarthy-Ära", mahnt Karol Sauerland, und auch Achim Landwehr und Friso Ross bemühen wie selbstverständlich Senator McCarthy, um zweifelhaftes Anzeigeverhalten auch in Demokratien aufzuzeigen.³

McCarthyism oder auch das U.S. House Un-American Activities Committee (HUAC) fungieren offenbar als dankbare und akzeptierte Metaphern für eine plausible Erweiterung der Perspektive auf denunziatorisches Verhalten außerhalb von Diktaturen. Ein Grund dafür könnte sein, daß die jeweiligen nationalen Geschichtsschreibungen ähnliche Begriffe zur Beschreibung der in Frage kommenden Periode verwenden: Inquisition, Hexenjagd, Schauprozesse, Säuberung, Atmosphäre der Angst und eben Denunziation. Forschungspraktisch blieb diese Doppelung aber bislang eine Leerstelle. Zwar hat die historiographische Beschäftigung mit dem US-amerikanischen Anti-Kommunismus in der frühen Phase des Kalten Kriegs mittlerweile sehr umfangreiche Ergebnisse hervorgebracht,⁴ sie wurden aber noch nicht mit der sich ausdifferenzierenden historischen Denunziationsforschung in Beziehung gesetzt – die Frage, ob Denunziation in beiden historiographischen Traditionen dasselbe meint, ist mithin noch nicht beantwortet.

Der folgende Beitrag wagt den Versuch, dieses Desiderat zunächst zu erklären und anschließend Möglichkeiten zu seiner Überwindung anzudeuten; er ist eher als Projektentwurf denn als Ergebnis von Forschung zu lesen. Zur Einordnung sind zunächst einige grundlegende Bemerkungen zum *McCarthyism* und seiner Bedeutung nötig. Auch dürfen Anmerkungen zum gegenwärtigen Kenntnisstand über die Rolle von Denunziationen in der frühen DDR nicht fehlen. Darüber hinaus verlangt der scheinbar 'unmögliche' Vergleich zwischen der DDR und den USA in den Jahren von 1949-1955 einige methodische Überlegungen zur historischen Komparatistik. Im Zentrum der Ausführungen sollen aber verschiedene Strategien und Verfahren behandelt werden, an denen Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Loyalitätskontrolle

² Günter Jerouschek, Inge Marszolek u. Hedwig Röckelein (Hg.), *Denunziation. Historische, juristische und psychologische Aspekte*, Tübingen 1997; Friso Ross u. Achim Landwehr (Hg.), *Denunziation und Justiz. Historische Dimensionen eines sozialen Phänomens*, Tübingen 2000; Sheila Fitzpatrick u. Robert Gellately, *Introduction to the Practices of Denunciation in Modern European History*, in: dies., *Accusatory Practices: Denunciation in Modern European History, 1789-1989*, Chicago 1997, S. 1-21.

³ Karol Sauerland, *Dreißig Silberlinge. Denunziation: Gegenwart und Geschichte*, Berlin 2000, S. 247; Ross u. Landwehr (Hg.), *Denunziation und Justiz*, S. 17.

⁴ Eine ausführliche Überblicksdarstellung jüngerer Datums bietet Ellen Schrecker, *Many Are the Crimes. McCarthyism in America*, Princeton 1998.

an denen Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Loyalitätskontrolle und Denunziation in beiden Gesellschaften in dieser Zeit diskutiert werden können.

1. Anti-Kommunismus in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg

McCarthyism gehört zu den schillerndsten Begriffen der US-Geschichte des 20. Jahrhunderts. Der republikanische Senator Joseph McCarthy aus Wisconsin gab einer breiten und facettenreichen politischen Bewegung seinen Namen und markierte durch seine medienwirksamen Auftritte zwischen Anfang 1950 und Ende 1954 ihren Höhepunkt.⁵ Doch weder zeitlich noch inhaltlich oder personell kann die anti-kommunistische Bewegung allein mit der Politik seiner bekanntesten Gestalt identifiziert werden. Der *McCarthyism* war die weitreichendste und am längsten andauernde Welle politischer Repression in den USA. Seine Vorbilder reichen bis in das 19. Jahrhundert zurück, seine eigentliche Geschichte begann spätestens 1938 mit der Einrichtung des HUAC und beeinflusste das politische, gesellschaftliche und kulturelle Klima der ganzen 1950er Jahre nachhaltig.⁶ Seine konsensbildende Kraft bezog er vor allem aus dem Zusammenspiel vieler unterschiedlicher Protagonisten, alle mit eigenen Vorstellungen, Zielen und Methoden, denen es mit Beginn des Kalten Krieges nicht nur gelang, eine Mehrheit der Bevölkerung von der Dringlichkeit ihres Anliegens und dem konspirativen, 'un-amerikanischen' wie kriminellen Charakter des Kommunismus zu überzeugen, sondern vor allem auch die Regierungen im Bund und in den Einzelstaaten zum Handeln zu bringen. Hinzu gesellte sich in Gestalt des Federal Bureau of Investigation (FBI) eine bundesstaatliche, hoch professionelle und auf Effizienz bedachte Polizei, die nicht nur alle Maßgaben ihrer vorgesetzten Behörden umsetzte, sondern darüber hinaus jahrelang autonom und ohne offizielle Autorisierung mit Hilfe eines umfassenden Netzwerks von Informanten aller Art Material über die Kommunistische Partei (CPUSA) sowie deren Umfeldorganisationen sammelte.⁷

Wie real die Bedrohung der Vereinigten Staaten durch die Sowjetunion und die CPUSA tatsächlich war, bleibt unter Historikerinnen und Historikern nach wie vor umstritten.⁸ Wichtiger für das Verständnis des *McCarthyism* ist jedoch,

⁵ Nützliche Biographien sind David M. Oshinsky, *A Conspiracy So Immense: The World of Joe McCarthy*, New York 1983; sowie Thomas C. Reeves, *The Life and Times of Joe McCarthy: A Biography*, New York 1982.

⁶ Vgl. Stephen J. Whitfield, *The Culture of the Cold War*, Baltimore u. London 1996.

⁷ Athan G. Theoharis u. John Stuart Cox, *The Boss: J. Edgar Hoover and the Great American Inquisition*, Philadelphia 1988; Frank J. Donner, *The Age of Surveillance: The Aims and Methods of America's Political Intelligence System*, New York 1980.

⁸ *McCarthyism* ist heute ein deutlich pejorativ besetzter Begriff in den USA, trotzdem bleibt die Interpretation uneindeutig: Während er einerseits als eine irrationale und unentschuldbare

wie diese Gefahr wahrgenommen wurde. Hierbei trafen in den späten 1940er Jahren die seit langem bekannten und verbreiteten Stereotype der US-amerikanischen politischen Rechten mit den wachsenden außenpolitischen Spannungen des Kalten Krieges zusammen und verdichteten sich zu einem umfassenden Krisen- und Bedrohungsszenario. Die kommunistische Bewegung galt als internationale Verschwörung, die amerikanische KP – und dies ist vor dem Hintergrund einer in den USA traditionell nativistisch geprägten Perzeption von Radikalität besonders wichtig – als eine von außen gesteuerte Gruppe von hörigen Spionen und Saboteuren. Die zahlreichen linken und links-liberalen Umfeldorganisationen schließlich wurden als willfährige Handlanger dargestellt und attackiert. Loyalität und nationale Sicherheit hatten mit Beginn der 1950er Jahre sowohl für die Politik als auch in der öffentlichen Meinung einen höheren Stellenwert als die Bürgerrechte der Verfassung.

Auf ihrem Höhepunkt nutzte die anti-kommunistische Bewegung alle Ressourcen der Staatsgewalt, um nicht-konforme politische Meinungen als unloyal zu charakterisieren, sie zu verurteilen und so das Spektrum akzeptierter politischer Partizipation drastisch einzuengen. Ausdruck dieser Repression waren nicht allein die bekannten Parlamentsausschüsse wie das HUAC, die Prozesse gegen vermeintliche und tatsächliche Atomspione oder die Praxis der Schwarzen Listen in der Filmbranche. Darüber hinaus entwickelte sich ein enges Geflecht von Kontrollausschüssen, sogenannten ‘Loyalty Boards’, die in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung, auf Bundes-, Staats- und lokaler Ebene sowie in der Privatwirtschaft die politische Gesinnung ihrer Bediensteten auf eventuelle Sicherheitsrisiken und Loyalitätsdefizite hin prüfte. Im Zuge dieser Verfahren verloren Tausende Menschen ihren Arbeitsplatz, nicht wenige wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Fragt man nun nach der Bedeutung von Denunziationen während der McCarthy-Ära, stößt man zunächst auf ein Perspektivenproblem innerhalb der historischen Forschung. Das *naming names* beschäftigte schon zeitgenössische Darstellungen und Kommentare und bleibt bis heute ein wichtiger Fokus der Auseinandersetzung. Im Mittelpunkt stehen dabei die öffentlichen Aussagen von sogenannten ‘freundlichen’ Zeugen vor den Ausschüssen und Gerichten, wobei es oftmals darum geht, möglichst viele und möglichst bekannte Täter und Täterinnen herauszustellen.⁹

Eine andere Richtung der Literatur beschäftigt sich mit den Strategien des FBI und mit dessen Informanten. Wie alle Polizeieinheiten war auch das *Bureau* auf Informationen angewiesen, die allein von Insidern geliefert werden konnten. Das konnten sowohl eingeschleuste Agenten als auch bezahlte oder

Abweichung von allen gültigen Wertmaßstäben verurteilt wird, betonen andere Stimmen den tatsächlichen Umfang gerade sowjetischer Spionage und werten die Repressionen lediglich als übertriebene Reaktion darauf.

⁹ Die ausführlichste Darstellung zu diesem Komplex bietet Victor S. Navasky, *Naming Names*, New York 1980.

gepreßte V-Leute sein, die in der Sprache des FBI als ‘informants’ galten; ein Euphemismus, um das negativ konnotierte ‘informers’ zu vermeiden.¹⁰ Ferner tauchen in den Quellen sogenannte ‘confidential sources’ auf, womit wohl tatsächlich vor allem freiwillige Zuträger und Zuträgerinnen gemeint waren. Die Namen aller genannten Personengruppen sind den heute zugänglichen Quellen des FBI in der Regel nicht zu entnehmen.¹¹

Das Ausmaß freiwilliger und spontaner Denunziationen ist aber bislang noch nicht systematisch untersucht worden, zumal wenn man als mögliche Adressaten nicht allein die Bundespolizei bzw. die Untersuchungsausschüsse, sondern auch andere behördliche und private Instanzen mit berücksichtigt. Die scheinbare Allmacht des FBI, das neben Informanten auch noch auf eine über Jahre mit Bedacht gesammelte Flut von schriftlichem Belastungsmaterial sowie über – häufig illegal eingesetzte – immense Möglichkeiten der technischen Überwachung verfügte, ferner eine verkürzte Sicht auf spektakuläre Fälle und prominente Namen haben eine Geschichte denunziatorischer Praktiken ‘von unten’ in den McCarthy-Jahren bislang behindert. Hier mag ein Grund dafür zu suchen sein, warum die historische Denunziationsforschung bis dato einen konkreteren Bezug zu diesem Gegenstand scheute. Ist man überdies bereit, einer Ausweitung und Dezentrierung des Denunziationsbegriffs sowie der Einbettung denunziatorischen Handelns in kommunikative und sozio-kulturelle Zusammenhänge zuzustimmen, bieten sich einige Anknüpfungspunkte für zukünftige Forschungen hinsichtlich der Rolle von Denunziation im *McCarthyism*.

2. Denunziationen in der frühen DDR

Das Thema Denunziation in der DDR wird in der öffentlichen Diskussion der wiedervereinigten Bundesrepublik fast völlig vom Verfolgungsapparat des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und seiner Inoffiziellen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (IM) bestimmt.¹² Auch die historische Forschung konzentrierte sich bislang auf diese in hohem Maße institutionalisierte Praxis der Herrschaftskontrolle; darüber hinaus widmet sie sich aber auch den Denunziationen innerhalb der Kontroll- und Disziplinierungsverfahren der Sozialisti-

¹⁰ Anders als in der deutschen Sprache dominiert im Englischen bei ‘to denounce’ die Wortbedeutung ‘öffentlich anprangern’. Das deutsche ‘denunzieren’ im Sinne einer Anzeige wird meist mit ‘to inform’ übersetzt, nur im Zusammenhang mit Diktaturen wird von ‘denunciations’ gesprochen.

¹¹ Ellen Schrecker, *Archival Sources for the Study of McCarthyism*, in: *Journal of American History* 75, 1988, S. 197-208.

¹² Vgl. zuletzt Clemens Vollnhals, *Denunziation und Strafverfolgung im Auftrag der ‘Partei’: Das Ministerium für Staatssicherheit in der DDR*, in: Ross u. Landwehr (Hg.), *Denunziation und Justiz*, S. 247-281.

schen Einheitspartei Deutschlands (SED).¹³ Bei der Lektüre von Forschungs- wie Erinnerungsliteratur stößt man auf eine Fülle von Hinweisen, in welchen historischen Kontexten Denunziationen in der SBZ / DDR nach 1945 eine Rolle gespielt haben sollen. Als Stichworte fallen dabei immer wieder die Durchsetzung von Bodenreform und Kollektivierung, die von Anfang an auch mit dem Ziel der sozialen Umstrukturierung von Verwaltung, Wirtschaft und Justiz praktizierte Entnazifizierung sowie nicht zuletzt die von der Sowjetunion eingerichteten Internierungslager, bei denen "... häufig (...) bereits eine Denunziation (genügte), um unbescholtene Bürger aller Schichten und Altersstufen für Jahre" zu inhaftieren.¹⁴ Dieses Zitat aus der Forschung ist in seiner Unbestimmtheit typisch, auch für die Jahre nach der Staatsgründung und im Zusammenhang mit Abläufen in der SED; der begründete Verdacht seiner Richtigkeit ist indes auch nicht von der Hand zu weisen. Für die sich ausdrücklich auf denunziatorisches Verhalten konzentrierende Forschung sind solche Angaben aber wegen ihrer begrifflichen Unschärfe höchst problematisch.

Insgesamt bietet die beginnende Forschung zum Thema die These an, nach der sich die Herrschaftskontrolle durch eine komplexe Gemengelage von freiwilliger Zuträgerschaft und systematischer Informationssammlung von etablierten oder neu gegründeten Sicherheitsorganen auszeichnete.¹⁵ Dabei sei seitens der Herrschenden erstens von einer zunehmenden Skepsis gegenüber spontan-freiwilligen Denunziationen und zweitens von einer eher taktisch-bedachten und daher nicht selten zurückhaltenden Verwendung aller erlangten Informationen auszugehen.¹⁶ Der Aufstand vom 17. Juni 1953 markierte für die politisch Verantwortlichen das Scheitern dieses Systems, das auf Denunziationen setzte, sie aber durch umfassende eigene Nachforschungen unterfütterte. Der Ausbau des durchstrukturierten IM-Netzes des MfS war die Folge.

¹³ Thomas Klein, Parteisäuberungen und Widerstand in der SED, in: ders., Wilfriede Otto u. Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED 1949-1989, Teil 1, Frankfurt (O.) 1996; ders. u. Mario Keßler, Repression and Tolerance as Methods of Rule in Communist Societies, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), Dictatorship As Experience. Towards a Socio-Cultural History of the GDR, New York u. Oxford 1999, S. 109-121.

¹⁴ Clemens Vollnhals (Hg.), Entnazifizierung. Politische Säuberung und Rehabilitierung in den vier Besatzungszonen 1945-1949, München 1991, Einleitung, S. 59.

¹⁵ Thomas Klein, SED-Parteikontrolltätigkeit in den vierziger Jahren, in: Siegfried Suckut u. Walter Süß (Hg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997, S. 89-104; Monika Tantzsch, „In der Ostzone wird ein neuer Apparat aufgebaut“. Die Gründung des DDR-Staatssicherheitsdienstes, in: Deutschland Archiv 1998, S. 48-56.

¹⁶ So etwa Sauerland, Dreißig Silberlinge, S. 94ff.

3. Ein unmöglicher Vergleich?

Die DDR mit anderen Staaten zu vergleichen ist nichts Ungewöhnliches. Seit ihrer Existenz hat sich die DDR, ihre Machthaber wie die Bevölkerung, explizit oder implizit stets selbst mit der Sowjetunion und vor allem mit der Bundesrepublik verglichen. Die Einbindung der DDR in die Struktur der realsozialistischen Staaten Osteuropas macht auch diese Vergleichsebene historiographisch einsichtig und begründbar. Darüber hinaus ist eine komparatistische Betrachtung des DDR-Herrschaftssystems unter dem Paradigma des Diktaturenvergleichs zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus etabliert. Diese Forschungsperspektive geht notwendig vom Kontrast diktatorischer Regime zum Maßstab westlicher Demokratien aus.¹⁷ Eine methodisch angeleitete Diskussion über Divergenzen und Ähnlichkeiten der DDR-Herrschafts-, Sozial- oder gar Alltagsgeschichte mit anderen westlichen Gesellschaften ist dagegen eher selten, und ein solcher Versuch ist, mit den Worten Hartmut Kaelbles, "sicher in weiten Teilen eine Gegenüberstellung von Unvergleichbarem."¹⁸ Dieser Hinweis auf sehr große Primärunterschiede zwischen Diktaturen und Demokratien westlichen Musters ist unzweifelhaft richtig. Wie Kaelble allerdings im weiteren Verlauf seines Aufsatzes zeigen kann, erweist sich der internationale Vergleich der DDR als ausgesprochen fruchtbar, wenn die zu vergleichenden Parameter mit besonderer Vorsicht und methodischer Exaktheit ausgewählt werden. Erst eine solche Perspektive kann zeigen, "daß der deutsch-deutsche Vergleich in der Sozialgeschichte zu kurz greift, weil er dazu verführt, jeden deutsch-deutschen Unterschied immer gleich als Unterschied der gesellschaftlichen Systeme zu interpretieren."¹⁹ Die dem historischen Vergleich immanenten, positiven Verfremdungseffekte zeigen sich gerade bei einer Gegenüberstellung einander auf den ersten Blick 'fremder', d.h. räumlich und / oder zeitlich weniger dicht beieinander liegenden Untersuchungseinheiten.²⁰

Ein Vergleich denunziatorischer Praktiken in so unterschiedlichen Staaten wie den USA (militärische Großmacht mit einem tradierten, stabilen politischen System sowie weit verbreitetem Wohlstand) und der DDR (wo ein politisches System mit Zwang von außen unter Bedingungen eklatanten Mangels eingeführt wurde) sieht sich aber zusätzlich noch mit weiteren Schwierigkeiten

¹⁷ Zur Vergleichbarkeit der DDR allgemein siehe Hartmut Kaelble, Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, in: ders., Jürgen Kocka u. Hartmut Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart 1994, S. 559-580; zum Diktaturenvergleich Günther Heydemann u. Christopher Beckmann, Zwei Diktaturen in Deutschland. Möglichkeiten und Grenzen des historischen Diktaturenvergleichs, in: Deutschland Archiv 1997, S. 12-40.

¹⁸ Kaelble, Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich, S. 559.

¹⁹ Ebenda, S. 561.

²⁰ Heinz-Gerhard Haupt u. Jürgen Kocka, Geschichte und Vergleich. Ansätze und Ergebnisse vergleichender Geschichtsschreibung, Frankfurt (M.) u. New York 1996; Hartmut Kaelble, Der historische Vergleich. Eine Einführung zum 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt (M.) u. New York 1999.

konfrontiert. Das Feld der historischen Komparatistik war bislang von der analytischen, strukturorientierten Sozialgeschichte geprägt. Die Untersuchung denunziatorischen Verhaltens aber erfordert die Einbeziehung der Dimensionen von Erfahrung, Wahrnehmung, Handlungsoptionen, Sprache und Symbolen – Ebenen, die eher von dezidiert kontextsensitiven und dem Vergleich skeptisch gegenüberstehenden Historikern und Historikerinnen betont werden. Berücksichtigt man den geringen Forschungsstand zum Thema für beide Vergleichsgesellschaften, ist man geneigt, dem klassischen Diktum Marc Blochs zuzustimmen, nach dem es “Jahre der Analyse für einen Tag der Synthese” braucht.²¹ Es kann im folgenden also nur darum gehen, Perspektiven für einen Vergleich der Rolle von Denunziationen zwischen den USA der McCarthy-Ära und der frühen DDR aufzuzeigen, die sich an einigen Grundannahmen orientieren:

1. Vermittelt über die Sowjetunion und die Klammer des Kalten Krieges war auch die DDR auf die USA bezogen. Die entstandene Systemkonfrontation und ihre Dynamiken ermöglichten, produzierten oder verschärften potentiell denunziationsrelevante Sachverhalte, Kontexte und Maßnahmen, in denen die Existenz sowie die Funktionsweisen des jeweils anderen Systems zumindest rhetorisch als Bezugsrahmen auftaucht. Vergleichsfolien wären demnach auf einer ersten Ebene die Rede über den Zusammenhang von Loyalität und nationaler Sicherheit, über die Definition des Eigenen in Abgrenzung zum Fremden.

2. Hier wie dort bildeten sich Herrschaftsstrategien aus, die loyale Mitglieder des Gemeinwesens zur Mithilfe bei der politischen Kontrolle aufriefen. Unter den Schlagworten der ‘Klassenwachsamkeit’ etwa in der DDR sowie des ‘alert citizenship’ in den USA entwickelten sich diskursive Muster oder ‘Sprachen der Wachsamkeit’. Sie sollten möglichst alle gesellschaftlichen Kommunikationsebenen durchwirken und durch ihre Verdichtung in politischen Debatten, öffentlichen Diskussionen sowie Medien wirkungsmächtigen Eingang in den Alltag der Menschen finden. Inwieweit diese Versuche, Bürger aus patriotischen, klassenbewußten, krisenbewußten oder sonstigen Motiven heraus zu mobilisieren, funktionierten und erfolgreich waren, soll eine weitere Vergleichsfolie darstellen.

3. Unterhalb dieser Ebene existierten oder entwickelten sich in beiden Gesellschaften Institutionen und Instrumente zur Kontrolle, Sicherung sowie Durchsetzung von diskursiv fixierten Loyalitätsbegriffen, die entweder dauerhaft oder aber punktuell wirksam waren. Die Verfahren vor Ausschüssen, Kommissionen und Gerichten lassen sich als verwandte Kommunikationsmuster und Diskursformen begreifen, in denen denunziatorischem Verhalten möglicherweise eine bestimmte strategische Rolle zuwächst.

4. Somit kehrt die Betrachtung schließlich zur Herrschaftsfunktion von Denunziationen als Objekt des Vergleiches zurück. Die jeweiligen Verantwortlichen

²¹ Marc Bloch, Für eine vergleichende Geschichtsbetrachtung der europäischen Gesellschaften (1928), in: Matthias Middell u. Steffen Semmler, Alles gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten 1929-1992, Leipzig 1994, S. 121-167, hier S. 155.

mußten sich zur Loyalitätskontrolle und -durchsetzung sowohl freiwilliger als auch professioneller Zuträgerschaft bedienen, um die benötigten sensiblen Informationen zu erhalten. Hier ist also insbesondere nach der Nutzbarmachung denunziatorischen Verhaltens aus Sicht der Verfolgungsinstanzen zu fragen.

4. Strategien der Wachsamkeit

a. Loyalität und Stigmatisierung

Denunziatorische Rede ist Bestandteil eines Diskurses, der gesellschaftliche Ordnung und Herrschaft verhandelt und festzuschreiben versucht; sie verweist auf die Störung dieser Ordnung, auf den Versuch ihrer Destabilisierung.²² Dabei muß sie zugleich auf den normativ-hegemonialen Entwurf von Herrschaft und Ordnung Bezug nehmen. Denunzianten weisen den Worten oder Handlungen ihrer Opfer einen Status als 'falsch' oder 'fremd' zu, wobei sie sich auf einen vorgegebenen Ordnungsrahmen beziehen und diesen performativ stets neu hervorbringen.

Für beide Seiten des Vergleiches zwischen den USA und der DDR gilt, daß sich der Selbstentwurf beider Gesellschaften stark durch einen 'Mythos der Gegenwart' auszeichnete,²³ der vor allem durch das Denkmodell vom Kalten Krieg geprägt war. Diese Logik des Krieges führte einerseits dazu, die Gefährlichkeit und Entschlossenheit eines Gegners zu profilieren, dessen Vorstellungen von Vergesellschaftung den eigenen Konzeptionen diametral entgegenstanden. Andererseits half diese Fremdzuschreibung dabei, Loyalität zum von außen und innen bedrohten Selbst einzufordern und Repressionen zu rechtfertigen.²⁴ Während aber im Fall der Vereinigten Staaten die Denkfigur des Ausnahmezustandes die Abweichung von gültigen (Rechts-)Standards legitimierte, war die Ausgrenzung in der DDR konstitutiv und permanent angelegt. Hier wie dort galt es, mit 'Wachsamkeitsappellen' auf die Bedrohung zu reagieren, mithin das Feld der legitimen Anzeige oder Benennung staatstragend auszuweiten.

"Patriotism", definierte der demokratische Präsidentschaftskandidat Adlai Stevenson auf einer Wahlkampfrede 1952, "is not the fear of something; it is the love of something."²⁵ Seine Aussage verweist auf die zeitgenössische Wir-

²² Ross u. Landwehr (Hg.), *Denunziation und Justiz*, S. 17.

²³ Siehe hierzu, wenn auch in einem anderen Zusammenhang, Peter Becker, *Vigilanten als Informationsquelle im 19. Jahrhundert: Kriminalistischer Irrweg oder Königsweg im Kampf gegen 'organisiertes Verbrechen'?*, in: Ross u. Landwehr (Hg.), *Denunziation und Justiz*, S. 117-140.

²⁴ Zumal der gerade erst beendete Zweite Weltkrieg die Möglichkeit zu vielfältigen inhaltlichen wie rhetorischen Anknüpfungspunkten bot.

²⁵ Zitiert nach Whitfield, *Culture of the Cold War*, S. 53.

kungsmächtigkeit des Bedrohungsszenarios, darauf, wie sehr der Entwurf des Gegners das Bild der eigenen Gesellschaft dominierte. Der Selbstentwurf der USA als 'das' demokratische Gemeinwesen überhaupt war in diesen Jahren zuerst durch die Stigmatisierung des Kommunismus bestimmt, eine Strategie, die aus einem politischen Gegner einen entmenschlichten Feind machte. Seit den späten 1940er Jahren durchdrang das Bild der kommunistischen Verschwörung die Nachrichten und die Populärkultur, Schulbücher ebenso wie Interviews und Reden von Politikern. Die Verwendung von Krankheits- und Seuchenmetaphern war prominent, wobei sowohl die 'poisonous germs' der Kommunisten wie deren 'psychologische Defekte' thematisiert wurden. Gegenüber der Omnipräsenz einer wesensfremden, eben 'unamerikanischen' Gefahr verblaßte der notwendig darauf bezogene Selbstentwurf. Die Eigenwahrnehmung einer Gesellschaft am 'Ende der Ideologien' speiste sich vor allem durch einen betonten Rückbezug auf eine scheinbar statische und konsensische Geschichte; 'Demokratie' war nicht mehr – wie noch im New Deal – Programm politischer Ziele, sondern Beschreibung des 'status quo'.

Verschwörungstheorien und Stigmatisierung politischer Gegner prägten auch den politischen Diskurs der frühen DDR. Im Unterschied zur USA markierte hier jedoch der ausdrückliche Rückbezug auf Prämissen der sozialistischen Lehre, also der Selbstentwurf, den Anfang der Verfolgungskette, wobei der "Transport (dieser) ideologischen Vorgaben bis Mitte der 50er Jahre direkt an die Person Stalins gebunden" war.²⁶ Dessen Diktum vom 'verschärften Klassenkampf' entsprach der Parallelisierung des äußeren Feindes mit dessen Agenten im Inneren:

"Der amerikanische Imperialismus bereitet den dritten Weltkrieg vor, um zu versuchen, seine Welteroberungspläne durchzusetzen ... Nationalismus, Scheinradikalismus, Opportunismus und Anti-Sowjethetze sind Mittel und Methoden der Zersetzung der Friedenskräfte und dienen der imperialistischen Kriegsvorbereitung. Agenturen dieser Politik dürfen in unseren Reihen keinen Platz haben. Gegen sie muß unermüdlich und unversöhnlich der Kampf geführt werden."²⁷

Nacheinander konnten auf dieser Grundlage politische Gegner benannt, stigmatisiert und ausgegrenzt werden: 'Sozialdemokratismus', 'Trotzkismus', 'Westemigranten', 'Titoismus', 'Opportunismus', 'Sektierertum', 'Objektivismus' – die Liste theoretisch abgeleiteter Negativzuschreibungen ist lang. Jede von ihnen war bereits selbst denunziatorisch und eröffnete darüber hinaus ein Einfallstor ebensolchen Handelns. Mit ihr erhöhte sich allerdings auch das Risiko einer 'Fehlinterpretation' seitens der Denunzianten und Denunziantinnen, die die ideologischen Sprünge von Partei und Staat nachvollziehen muß-

²⁶ Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946-1953, Paderborn u.a. 2000, S. 296.

²⁷ Entschließung der Konferenz der Zentralen Parteikontrollkommission „über die nächsten Aufgaben der Parteikontrollkommissionen“ vom 4.9.1949, SAPMO BArch, DY 30/IV 2/4/8.

ten.²⁸ Verschärft wurde diese stigmatisierende Praxis in der DDR durch eine sprachliche Pathologisierung; die Rede von den 'faulen Stellen' am Körper von Partei oder Staat, von 'Parasiten' und 'Schädlingen' hatte auch hier ihren festen Platz. Die Aufgabe der Parteikontrollkommissionen, die 'Reinheit' der Partei zu sichern, fügte sich in diesen hygienischen Diskurs.

b. Spionage und Personalisierung

Die Logik des Kriegs bringt notwendig (wechselseitige) Spionage mit sich; jenseits ihres realen Umfangs diente sie beiden Vergleichsgesellschaften als Denkmodell für den Nachweis sowohl der tatsächlichen Gefährlichkeit des Gegners als auch seiner Präsenz im Inneren des bedrohten Gemeinwesens. Spione haben nicht nur Auftraggeber, sondern bedienen sich auch potenter Agenturen im Kern ihres Operationsfeldes. Indem man auf diese Weise Menschen mit Organisationen verband, rechtfertigte man nicht nur ausgedehnte eigene Überwachungsmaßnahmen, sondern erlaubte auch dem Prinzip des *guilt by association* Eingang in die Verfolgungslogik.²⁹

Wesentlich für die erfolgreiche Konstruktion gegnerischer Spionage sind zunächst ihr *alien character* sowie ihre Omnipräsenz. Für die USA läßt sich dies an einer Kette von Personalisierungen aufzeigen. An ihrem Anfang stand Gerhart Eisler, der in den 30er Jahren im Auftrag der Comintern in die USA gekommen war, nach dem Krieg aber keine offizielle Funktion mehr ausübte. Zwischen 1946 und 1949, als er das Land verlassen konnte, wurde er vielfach vorgeladen, verhört und verhaftet, sein Fall erlangte eine dauerhafte Präsenz in den Medien.³⁰ Die Figur Eislers diente als perfekte Identifikation der Dominanz Moskaus über die CPUSA, er galt als Chefemissär des Kreml, als Kopf der Verschwörung. Als Ausländer fügte er sich nahtlos in das etablierte, nativistische Bild vom Zusammenhang zwischen Immigration und Subversion. Wirkungsmächtig stellte man ihm Alger Hiss zur Seite, einen Mitarbeiter des US-Außenministeriums, den man nach 1948 (vermutlich zu Recht) der Spionage für die Sowjetunion in den 1930er Jahren bezichtigte. Hiss stand für die Eindringtiefe kommunistischer Unterwanderung, denn "[he] wore no beard, spoke with no accent, moved casually in the best circles ... Hiss looked like the man down the block..., the man in the office across the hall on Wall Street or

²⁸ Rügen über 'vorschnelles Handeln', die sogar im Vorwurf des 'Sektierertums' enden konnten, finden sich tatsächlich recht häufig in den Protokollen der SED, vgl. etwa die Formulierung im Protokoll einer Kreispartei kontrollkommission: "Gen. K. ist ein Radikalist und Sektierer, der keine Lehre annimmt. Er treibt die Wachsamkeit so weit, dass die Gefahr besteht, dass durch sein falsches Verhalten Menschen nach dem Westen wandern." HSTA Weimar, BPA-SED Erfurt IV/4.01/126, Protokoll KPKK Apolda 13.5.1953.

²⁹ Siehe hierzu auch Petra Weber, Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945-1961, München 2000, S. 329.

³⁰ Schrecker, *Many Are the Crimes*, S. 122ff.

State Street. If this man could be a spy, anybody could.”³¹ Mit den Todesurteilen gegen Julius und Ethel Rosenberg schloß sich 1951 die Kette der Personalisierungen: die internationale Verschwörung hatte sich augenscheinlich des Kerns der amerikanischen Militärüberlegenheit bemächtigen können, womit die Notwendigkeit dauernder Wachsamkeit nachdrücklich unterstrichen wurde. Kommunist und Atomspion waren spätestens jetzt synonyme Begriffe.

In der DDR übte die Gestalt des ‘Superagenten’ Noel H. Field eine ähnliche Funktion aus, auch auf seine Person ließ sich die Fremdbestimmung innerer Disloyalitäten projizieren. Field war Leiter des Unitarian Service Committee, einer humanitären Hilfsorganisation, und wurde auf Befehl Stalins systematisch zum Mittelsmann zwischen dem amerikanischen Nachrichtendienst und der der Spionage bezichtigten ehemaligen Westemigranten in Osteuropa gemacht.³² Bekanntestes Opfer der ‘Field - Untersuchungen’ in der DDR war Paul Merker, der Einfluß dieser Personifizierung auf Verfahren auf mittleren und unteren Ebenen der SED war zu Beginn der 1950er Jahre immens.³³

Petra Weber hat die Nützlichkeit des Spionagevorwurfs zur Sanktionierung Oppositioneller oder Unzufriedener aufgezeigt.³⁴ Betroffen waren vor allem junge Menschen, nicht selten Mitglieder der Volkspolizei, denen man wie auch immer geartete Kontakte mit dem Westen, womöglich durch RIAS-Hören gesteuert, beziehungsweise Fluchtabsichten unterstellte. An ihnen konnte festgemacht werden, konkreter als das in den USA möglich war, wie direkt die äußere Gefahr eindringen konnte, denn schließlich lag die Grenze direkt vor der Tür: “Zur Frage des Rias: Man soll unseren VP-Kameraden ganz klar aufzeigen, wer Rias hört, wird mit Schimpf und Schande aus den Reihen der VP entlassen, wer Rias hört ist ein Feind unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und wird öffentlich entlarvt.”³⁵

³¹ Whitfield, *Culture of the Cold War*, S. 28.

³² Wolfgang Kießling, *Partner im ‘Narrenparadies’*. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; Hermann Field u. Kate Field, *Trapped in the Cold War. The Ordeal of an American Family*, Stanford 1999.

³³ Andreas Malycha, *Parteisäuberungen in der SED: Hintergründe und innere Logik*, in: *Verfemt, verfolgt, verschwiegen. Im Konflikt mit der Macht – Schicksale in der frühen DDR*, Hg. v. Verein ‘Helle Panke’. Pankower Vorträge, Heft 26, Berlin 2000, S. 20-28, hier S. 27.

³⁴ Weber, *Justiz und Diktatur*, S. 310-332.

³⁵ HSTA Weimar, Ministerium des Innern, Landesbehörde Volkspolizei, Akte 381 Volkspolizeikreisamt Weimar, Protokoll der Abteilungsleiterbesprechung v. 28.4.52.

c. Sabotage und Alltag

Eine weitere der Konstruktion eines Kriegszustandes zuzuschreibende Strategie der Wachsamkeit war Sabotagetätigkeit. Ihre Wirksamkeit beruhte in erster Linie darauf, daß sich Kampagnen zu ihrer Bekämpfung nicht so sehr innerhalb der Machtzentren oder in Sphären mit einem per se hohen Maß an Geheimhaltung abspielten, sondern an den Arbeitsplätzen der Bevölkerungsmehrheit. Wachsamkeit gegen vermeintliche Sabotage mußte somit zum Alltag der Menschen werden.

Sabotage war, so Weber, "eine Standardformel, um Privatunternehmer zu enteignen, um politische Gegner auszuschalten und um Fachkräfte ... zu entfernen. Vor allem aber diente der Vorwurf ... dem Ausfindigmachen von Sündenböcken."³⁶ Tatsächlich finden sich immer wieder Fälle, in denen Planrückstände oder Unglücksfälle auf Sabotagetätigkeit zurückgeführt wurden. Darüber hinaus bot diese Initiative von oben Anknüpfungspunkte für eine Dynamik von unten, die ihren Ausdruck darin fand, daß Arbeiter und Arbeiterinnen (oft 'prämierte Aktivisten') ihre Vorgesetzten denunzierten. Allerdings muß auch hierbei von einer großen Bandbreite von Motiven ausgegangen werden. Adressat der Denunziationen sind oftmals die nun fast überall fest installierten Parteiorgane, die sich solchen Informationen gegenüber gänzlich willkürlich oder zufällig verhalten, ihnen in einem Falle konsequent nachgehen und sie im nächsten ignorieren.

In den USA erwuchs die Beschwörung gegnerischer Sabotage zu einer Bedrohung für linke und unabhängige Gewerkschaften. Viele Privatunternehmer erklärten ihre Betriebe, gerade nach Beginn des Korea-Kriegs, zu Stützen der nationalen Sicherheitsbemühungen und nahmen sich das Vorgehen der öffentlichen Hand zum Vorbild, indem sie obligatorische Loyalitätsprüfungen ihrer Angestellten durchführten.³⁷ Es läßt sich zeigen, daß die Unternehmer dabei gern auf Informationen des FBI zurückgriffen, um unliebsame Personen zu entlassen; ob und wenn ja wie es bei solchen Anlässen auch zu denunziatorischem Verhalten innerhalb der Belegschaften bzw. Gewerkschaften gekommen ist, muß beim gegenwärtigen Forschungsstand offenbleiben.³⁸

³⁶ Weber, *Justiz und Diktatur*, S. 234.

³⁷ Bereits 1947 hatte die US-Regierung unter Harry Truman das 'Employee Loyalty Program' eingeführt.

³⁸ Schrecker, *Many Are the Crimes*, S. 183-190; vgl. auch die Regionalstudie von Philip Jenkins, *The Cold War at Home. The Red Scare in Pennsylvania, 1945-1960*, Chapel Hill 1999, v.a. 98-117.

5. Verfahren der Loyalitätsdurchsetzung

a. Kriminalisierung

Die Kriminalisierung von bislang harmlosen oder allenfalls ärgerlichen Worten und Taten vereinfacht denunziatorische Ausgrenzung und gehört daher fast zum Standardrepertoire eines strukturellen Denunziationsangebotes.

In der SBZ hatten die Befehle und Direktiven der sowjetischen Militärverwaltung Vorbilder für derlei Vorgehen geliefert. Bereits zu dieser Zeit wurde das 'Wirtschaftsvergehen' als Instrument gegen Oppositionelle entdeckt, das neben – und zusammen mit – Spionage und Sabotage zum hauptsächlichen Verfahrensgrund erwuchs. Reichten Negativzuschreibungen wie etwa 'Sozialdemokratismus' zwar zum Parteiausschluß, so konnte mit ihnen allein keine justizielle Verurteilung erzielt werden. Zusätzlich "mußten kriminelle Vergehen konstruiert werden, um langjährige Haftstrafen verhängen zu können."³⁹ Nach der Staatsgründung kam dem Artikel 6 der neuen DDR-Verfassung mit seinen berüchtigten Bestimmungen zur 'Boykotthetze' eine besondere Bedeutung zu. Zusammen mit der Kontrollratsdirektive 38 bot er Partei und Staat ein probates Mittel zur Unterdrückung unliebsamer Meinungsäußerungen und gab Denunziationswilligen eine weitere Hilfe zur Interpretation der Worte und Handlungen Anderer an die Hand. Allerdings lassen sich in den frühen 1950er Jahren durchaus Stimmen ausmachen, die eine Dysfunktionalität des Verfassungsartikels erkannten: "Durch die Anwendung des Artikel 6 haben wir Menschen zu Feinden unserer Ordnung gestempelt, die ihrer Klassenlage und oft auch ihrer bisherigen Tätigkeit nach nicht zu den Feinden unserer Ordnung zu zählen sind."⁴⁰

In den Vereinigten Staaten hatte bereits 1940 der sogenannte 'Smith Act' die bloße Propagierung eines gewaltsamen Umstoßes für strafbar erklärt, und auch nach dem Zweiten Weltkrieg erwiesen sich seine vagen Formulierungen als hilfreich. Trotzdem waren Kriminalisierungen im *McCarthyism* schwieriger zu bewerkstelligen, denn die US-Verfassung sicherte viele Aussagen und Handlungen als freie Meinungsäußerungen ab – was ihre Verunglimpfung in öffentlicher, denunziatorischer Rede freilich nicht verhinderte. Juristisch mußten jedoch hinreichende Hilfskonstruktionen entwickelt werden. Die Vereidigung von Zeugen vor Gerichten und Parlamentsausschüssen sowie die im Bund und in einer Mehrheit der Einzelstaaten eingeführte Praxis eines Schwurs auf die jeweilige Verfassung erlaubte die Durchführung von Verfahren wegen Meineids.⁴¹ Und auch der explizite Rückbezug von Angeklagten bzw. Zeugen

³⁹ Malycha, Die SED, S. 404. Siehe z.B. HSTA Weimar, Land Thüringen, Innenministerium, Akte 1102, dort der 'Korruptionsfall' eines Ingenieurs in der Maxhütte Unterwellenborn.

⁴⁰ So der Erfurter Bezirksstaatsanwalt Schulze, zitiert nach Weber, Justiz und Diktatur, S. 332.

⁴¹ Einen Überblick über 'loyalty programs' in den Einzelstaaten gibt M.J. Heale, *McCarthy's Americans. Red Scare Politics in State and Nation, 1935-1965*, Houndmill u. London 1998.

und Zeuginnen auf die Verfassungsrechte war problematisch. Der Hinweis auf die Verfassungszusätze 1 (Meinungsfreiheit) oder 5 (Zeugnisverweigerungsrecht) wurde nicht selten als Mißachtung des Gremiums gewertet und konnte so strafrechtlich geahndet werden. Denn die Anrufung dieser Grundrechte sei, so Joe McCarthy selbst, “the most positive proof obtainable that the witness is a communist”.⁴²

b. Institutionalisierung

Eine auffällige Parallele in beiden Vergleichsgesellschaften sind die institutionalisierten Verfahren zur Loyalitätskontrolle. Die Aktion zur Überprüfung der Parteidokumente 1951 und die Tätigkeit der Parteikontrollorgane bieten sich als Ausgangspunkt für eine Betrachtung von Denunziationen innerhalb der SED an. ‘Loyalty Boards’ und Ausschüsse werden in der Literatur zum *McCarthyism* stets als die Orte angesprochen, an denen das *naming names* zum Tragen kam. Beide Varianten wiesen tatsächlich einige Gemeinsamkeiten auf: Sie folgten einem fixierten und bekannten Ablauf, sie bedienten sich einer quasi-juristischen Ausgestaltung mit Anklage, Zeugenaussagen und Appellationsmöglichkeiten, bauten auf ein System von (z.T. standardisierten) Fragen und Antworten und bewerteten die Loyalität der vorgeladenen Menschen nicht zuletzt an deren Bereitschaft, Informationen über sich und andere Preis zu geben.⁴³ Derlei Verfahren – so der Vorschlag, wie diesem Befund forschungsstrategisch Rechnung getragen werden kann – können als sich über die Jahre entwickelndes (also nicht-statisches) System ritualisierter Rede konzeptionalisiert werden, also als wiederholte, stilisierte, formalisierte, rollenhafte Kommunikation mit einer standardisierten und schematischen Sprache.⁴⁴ Diese Rituale, so eine These, senken einerseits die Schwellen zur Denunziation und tragen andererseits zur oft konstatierten ‘Atmosphäre der Angst’ bei.

Darüber hinaus ist aber zu berücksichtigen, daß – um Alf Lüdtke zu zitieren – “Rituale Manövrierchancen bieten”. Dies gilt sowohl für ‘Opfer’ wie ‘Täter’, die sich die notwendige Mehrdeutigkeit und floskelhafte Inhaltsleere der Rituale zu eigen machten, um z.B. Ungesagtes als Geständnis / Denunziation zu interpretieren oder aber, um die Akzeptanz des Schemas als Chance zu nutzen, eigentlich nichts zu sagen, um sich oder andere nicht bloßzustellen.⁴⁵ Beispiele

⁴² Zitiert nach Schrecker, *Many Are the Crimes*, S. 251.

⁴³ Freilich ist auch auf Unterschiede zu verweisen, etwa – im Fall der USA – auf das Fehlen des für das amerikanische Rechtsverständnis wesentliche Element des ‘trial by jury’, vgl. Navasky, *Naming Names*, S. 24.

⁴⁴ Vgl. Ralph Jessen, *Diktatorische Herrschaft als kommunikative Praxis. Überlegungen zum Zusammenhang von ‘Bürokratie’ und Sprachnormierung in der DDR-Geschichte*, in: Alf Lüdtke u. Peter Becker (Hg.), *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997, S. 57-75.

⁴⁵ Alf Lüdtke, *Sprache und Herrschaft in der DDR. Einleitende Überlegungen*, in: ders. u. Becker (Hg.), *Akten. Eingaben. Schaufenster*, S. 11-26, hier S. 15.

aus Thüringen zeigen, wie sehr sich Fragende und Befragte der Rhetorizität dieser speziellen Diskursform bewußt waren. "Es hat sich so etwas eingebürgert wie Schweigen in der Partei", heißt es etwa in einem Protokoll einer Sitzung des Kreisvorstandes Saalfeld von 1949, wo man einen Vorfall diskutierte, bei dem die erhoffte Denunziation zunächst ausblieb; "erst nachdem der KPKK-Vorsitzende sich nochmals intensiv mit ihm beschäftigte, nannte er die Namen."⁴⁶ In diesem frühen Verfahren konnte das angestrebte Ergebnis mit Druck erzielt werden, später entwickelten sich effektivere Strategien des Schweigens. Mit der Zunahme solcher Verfahren häuften sich auch die 'ungefährlichen Denunziationen' von Menschen, die z.B. ohnehin kürzlich in den Westen gegangen waren.⁴⁷ Mit diesen Aussagen war den Erfordernissen des ritualisierten Sprechakts genüge getan, ohne daß viel über andere preisgegeben wurde.

Erwähnt werden muß an dieser Stelle aber auch ein unübersehbarer Unterschied zwischen institutionalisierten Verfahren zur Loyalitätskontrolle. Zwar hat es auch in den USA Formen von Selbstdenunziation gegeben, doch in der DDR wurde diese Praxis als 'Kritik und Selbstkritik' zum 'Entwicklungsgesetz der Partei' ritualisiert.⁴⁸ Es erlaubte die Etablierung denunziatorischer Rede über den Alltag von Parteimitgliedern, denn sie behandelte wie selbstverständlich auch das Privatleben, getreu der Auffassung vom 'ganzen' sozialistischen Menschen. Durch die immer wiederkehrende Aufforderung zu 'Kritik und Selbstkritik' öffnete sich v.a. Moralität als denunziations-relevanter Sachverhalt, denn: "Wo das Moralische anfängt, fängt der Gegner an zu arbeiten."⁴⁹

In allen angesprochenen Verfahren fungierte die Denunziation – entweder der eigenen Person oder eines anderen Menschen – letztlich als Unterwerfungsritual. Inwieweit diese Funktion mit dem Bedürfnis nach Informationsgewinnung einherging, muß für beide Vergleichsgesellschaften, v.a. aber im Hinblick auf die Vereinigten Staaten während der McCarthy-Jahre noch geklärt werden.

Ausblick

Vergleichen heißt immer auch abstrahieren, um so mehr wenn, wie in diesem Fall, Ergebnisse konkreter Forschung kaum oder gar nicht vorliegen. So ergeben sich aus dem Versuch, die Rolle von Denunziationen in der frühen DDR und in den USA der McCarthy-Ära miteinander zu vergleichen, mehr Fragen als sinnvolle Ergebnisse; daß beide Felder bislang eher metaphorisch denn

⁴⁶ ThSTA Rudolstadt, BPA-SED Gera, IV/4/10/13, 19.4.49.

⁴⁷ So einige in ThSTA Rudolstadt, BPA-SED Gera, IV/4/9/201.

⁴⁸ Berthold Unfried, Rituale von Konfession und Selbstkritik. Bilder vom stalinistischen Kader, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1994, S. 148-164, hier S. 151.

⁴⁹ HSTA Weimar, BPA-SED Erfurt, IV/4.11/292, Sitzung der KPKK Sondershausen v. 11.8.52.

forschungspraktisch miteinander in Beziehung gesetzt wurden, kann also bei genauerer Betrachtung nicht verwundern. Trotzdem konnten Berührungspunkte aufgezeigt werden, an denen es sich zu lohnen scheint, sie in Zukunft zu thematisieren. Andere Aspekte liegen nahe, konnten hier aber nicht angesprochen werden, z.B. das Augenmerk beider Repressionsapparate auf die Multiplikatoren von Loyalität und Subversion in Schulen und Hochschulen. Andere Bereiche versperren sich indes bislang jedes Zugriffs und müßten noch gänzlich neu konzeptionalisiert werden, um sie sinnvoll miteinander zu vergleichen – so etwa die Bestimmung von Öffentlichkeit und die Rolle der Medien darin.

Festzuhalten bleibt aber, daß Denunziationen auch in westlichen Demokratien vorkommen. Wichtiger als die Frage nach dem politischen System scheint aber eine andere zu sein, nämlich ob nicht vor allem die Akzeptanz eines Systems in der Bevölkerung – bzw. die Fähigkeit eines Systems, eine solche Akzeptanz zu produzieren – entscheidend für die Denunziationsbereitschaft der Menschen ist. Der 'Erfolg' des *McCarthyism* unterstreicht die Möglichkeiten manipulativer Steuerung in pluralistischen Gesellschaften.